Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/449
23.01.2014

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

27. Sitzung (öffentlich)

23. Januar 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:25 Uhr

Vorsitz: Margret Voßeler (CDU)

Protokoll: Heinz-Uwe Müller, Marion Schmieder (Federführung)

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

iVor Eintritt in die Tagesordnung **5**

Der Ausschuss verständigt sich darauf, TOP 5 – „PCB-Belastung in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kitas und Sporthallen“ – abzusetzen, da über ihn in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales beraten und abgestimmt worden sei. – Die Nummerierung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

Weiter kommt der Ausschuss überein, TOP 7 – „Breites Bündnis gegen Analphabetismus in Nordrhein-Westfalen“ – von der Tagesordnung abzusetzen, da er demnächst von den antragstellenden Fraktionen der SPD und der Grünen zurückgezogen werde. Der damit zusammenhängende Entschließungsantrag der Fraktion der Piraten sei damit ebenfalls gegenstandslos geworden. – Die Nummerierung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

1 Ombudschaft Jugendhilfe NRW 7

Vorstellung der Einrichtung

Herr Abg. Wolfgang Jörg (SPD) bittet Frau Ministerin Schäfer vom Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport, ein Gespräch mit den Landesjugendämtern darüber zu führen, ob ein runder Tisch eingerichtet werden könne, bei dem die Vertreter des Landes und der Kommunen gemeinsam nach Lösungen suchen könnten.

2 Gesetz zur Änderung des Dritten Ausführungsgesetzes des Kinder- und Jugendhilfegesetzes 16

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP
und der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3440

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, diesen Tagesordnungspunkt abschließend in der nächsten Sitzung im Februar 2014 zu behandeln.

3 Kindertagespflege stärken: Leistungen anerkennen, Strukturen optimieren, Qualifikationen steigern 18

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1272
APr 16/202

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die abschließende Behandlung dieses Tagesordnungspunkts auf den Februar 2014 zu vertagen.

4 Kinderschutz stärken – Interkollegialen Austausch von Kinderärzten bei Verdacht auf Kindesmisshandlungen ermöglichen 19

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2433
APr 16/355

Der Ausschuss beschließt zunächst nach kontroverser Diskussion mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen

die Stimmen von CDU, FDP und Piraten, die Beratung des Antrags der Fraktion der CDU Drucksache 16/2433 zu vertagen.

CDU und FDP beantragen eine rechtliche Überprüfung in Bezug auf die Verfahrensweise bei der Behandlung von Anträgen.

Der Antrag Drucksache 16/2433 wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und der Piratenfraktion abgelehnt.

5 Rechte minderjähriger Kinder inhaftierter Elternteile einheitlich in NRW gewährleisten **32**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/3453
APr 16/403

Der Antrag der FDP-Fraktion wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion der Grünen gegen die Stimmen der FDP und der Piraten bei Enthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

6 Ohne Fahrplan und ohne Ziel: Die Weiterentwicklung des KiBiz darf nicht verschleppt werden **37**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4577

Der Ausschuss kommt überein, dem Vorschlag der CDU-Fraktion zu folgen, den Antrag zur Mitbehandlung in ein zukünftig stattfindendes KiBiz-Verfahren mit einzubringen.

7 Vorbereitung des Familienberichts **38**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1551

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

8 Bilanz für die Familie. Gute Rahmenbedingungen für ein familienfreundliches NRW – Familienförderung evaluieren und wirksamer gestalten 39

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2118
Vorlage 16/987
Vorlage 16/1288
APr 16/394

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der FDP und der CDU bei Enthaltung der Fraktion der Piraten den Antrag ab.

9 Verfahrensstand zur Neuausrichtung der sprachlichen Bildung im Elementarbereich 41

Bericht
der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung entgegen.

10 Verschiedenes 43

* * *

2 Gesetz zur Änderung des Dritten Ausführungsgesetzes des Kinder- und Jugendhilfegesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3440

Vorsitzende Margret Voßeler teilt mit, der Gesetzentwurf habe eine Änderung von § 9 Abs 4 des Dritten Ausführungsgesetzes des Kinder- und Jugendhilfegesetzes zum Ziel, um die Beteiligungsrechte des Ausschusses bei der Erstellung des Kinder- und Jugendförderplans zu stärken. – Das Plenum habe den Gesetzentwurf in der 37. Sitzung am 11. Juli 2013 nach der ersten Lesung einstimmig an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend überwiesen. Hier sei der Gesetzentwurf am 19. September und am 5. Dezember 2013 beraten worden. Im Kreis der Obleute sei verabredet worden, die Beratungen in der heutigen Sitzung abzuschließen und über den Gesetzentwurf abzustimmen.

Jens Kamieth (CDU) wirbt dafür, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. – Im Grunde gehe es um die Klärung einer formalen Beteiligungsfrage und nicht um das Fördervolumen oder Inhalte. Zum Beispiel gehe es um Mitsprache bei der Aufstellung und Ausgestaltung des Kinder- und Jugendplans. Insofern könne es keine hohe Hürde für die Regierungsfraktionen sein, diesem Anliegen zuzustimmen. Er sei der Überzeugung, dass es in diesem Ausschuss genügend Fachkompetenz gebe, um den Kinder- und Jugendförderplan positiv zu begleiten.

Bei der Aufstellung des Kinder- und Jugendplans würden die Abgeordneten immer wieder auch von Verbänden angesprochen und gebeten, Stellung dazu zu beziehen. Dann müsse geantwortet werden, dass man von nichts wisse, weil der aufzustellende Plan nicht einmal offiziell zugeleitet worden sei.

Marcel Hafke (FDP) teilt mit, Herr Jörg habe in der letzten Obleuterunde angekündigt, dass von den die Regierung tragenden Fraktionen eine Änderung vorgelegt werde. Das sei in den letzten Tagen auch erfolgt. Über den Sachverhalt müsse nicht erneut diskutiert werden. Es gebe aber noch Rückkoppelungsbedarf im Hinblick auf seine Fraktion. Mit Sicherheit aber gebe es Bereiche, wo eine Übereinkunft aller Fraktionen gefunden werden könne. Wenn dies gelinge, sei das ein gutes Signal. Von daher schlage er eine Vertagung auf die Februar-Sitzung vor. Bis dahin sei der jetzige Gesetzesentwurf vielleicht obsolet und müsse durch einen anderen ausgetauscht werden. Das konkrete Verfahren könne bis dahin noch besprochen werden.

Daniel Düngel (PIRATEN) möchte die von der SPD und den Grünen vorgeschlagenen Anregungen mit aufgreifen. Insofern sei auch er für eine Vertagung bis zur nächsten Sitzung. Dann aber solle versucht werden, zu einem Abschluss zu kommen.

Bernhard Tenhumberg (CDU) ist ebenfalls mit einer Vertagung einverstanden, bittet aber, zu berücksichtigen, dass der Punkt auf die Tagesordnung des Plenums gesetzt worden sei. Es mache keinen Sinn, die Angelegenheit plenar zu behandeln, wenn es in diesem Ausschuss noch keine abschließende Meinungsbildung gebe. – Dies möge berücksichtigt werden.

> Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, diesen Tagesordnungspunkt abschließend in der nächsten Sitzung im Februar 2014 zu behandeln.